

3044 Neuenkirchen, den 20.05.1985

Auf Grund des § 1 Absatz 3 und § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256, berichtigt S. 3617) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. 6. 1982 (Nds. GVBl. S. 229) - jeweils in der zur Zeit gültigen Fassung - hat der Rat der Gemeinde Neuenkirchen folgendes beschlossen:

1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 "Tütskamp", Ortschaft Neuenkirchen, Gemeinde Neuenkirchen, Landkreis Soltau-Fallingb. ostel

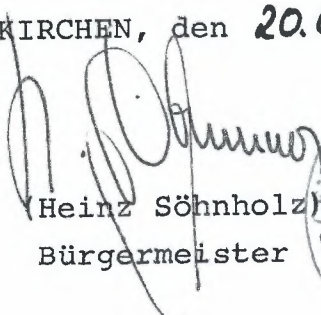
§ 1

Die unter I. Planzeichen und Festsetzungen Nr. 2 c festgesetzte Geschoßflächenzahl von 0,25 wird auf 0,30 erhöht.

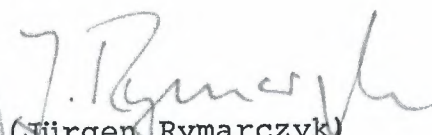
§ 2

Diese Satzung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

3044 NEUENKIRCHEN, den 20.05.1985


(Heinz Söhnholz)
Bürgermeister




(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

B E G R Ü N D U N G

zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 "Tütskamp",
Ortschaft Neuenkirchen

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 17 "Tütskamp" setzt eine
Geschoßflächenzahl (GFZ) von 0,25 und eine Grundflächenzahl (GRZ)
ebenfalls von 0,25 fest.

Damit ist die derzeitig festgesetzte GFZ identisch mit der GRZ.
Diese Festsetzungen haben bei der bereits erfolgten oder auch
geplanten Bebauung zu Schwierigkeiten für die Bauherren bei der
Einhaltung der GFZ, insbesondere dann, wenn das Dachgeschoß ausge-
baut werden soll, geführt.

Die räumliche Möglichkeit für eine größere GFZ ist in der Regel
vorhanden, auch ohne eine äußere und ersichtliche Veränderung des
Hauses, z. B. in Größe und Form.

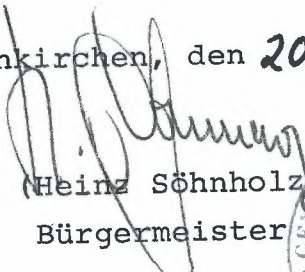
Bei einem geplanten Ausbau des Dachgeschosses wird allerdings in
der Regel die Geschoßflächenzahl überschritten.

Um besonders den jungen Familien in diesem Baugebiet eine Chance
zu geben, Wohnraum zu schaffen, soll die GFZ auf 0,30 erhöht werden.
Nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Schaffung von Wohnquartieren
für Großfamilien.

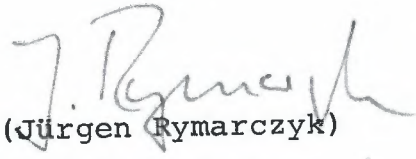
Für die verkehrliche Erschließung sowie für die Ver- und Entsorgung
treten keine Änderungen ein. Außerdem entstehen der Gemeinde durch
die Änderung keine Kosten.

Bodenordnungsmaßnahmen werden nicht erforderlich.

3044 Neuenkirchen, den 20. 05. 1985

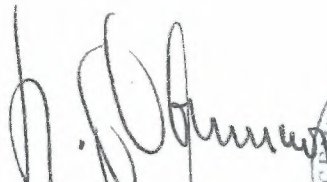

(Heinz Söhnholz)
Bürgermeister



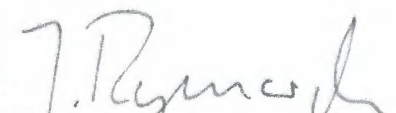

(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde Neuenkirchen hat die "1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 "Tütskamp", Ortschaft Neuenkirchen" in seiner Sitzung am **20.05.85** als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung beschlossen.

3044 Neuenkirchen, den **20.05.1985**


(Heinz Söhnholz)
Bürgermeister



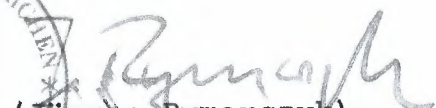

(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

Die "1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17 "Tütskamp", Ortschaft Neuenkirchen" ist gemäß § 12 Bundesbaugesetz am **29. Juni 1985** im Amtsblatt des Landkreises Soltau-Fallingb. Nr. **6** Seite **45** bekanntgemacht worden.

Die "1. vereinfachte Änderung" ist damit am **29. Juni 1985** rechtsverbindlich geworden.

3044 Neuenkirchen, den **01. Juli 1985**





(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der 1. vereinfachten Änderung ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltendgemacht worden.

3044 Neuenkirchen, den **25. 11. 1986**



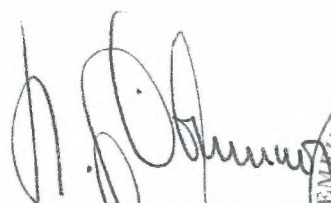

(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

V E R F A H R E N S V E R M E R K E

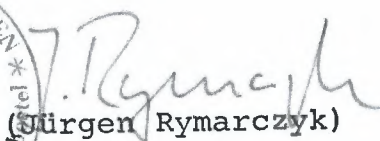
für die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 17
"Tütskamp", Ortschaft Neuenkirchen, Gemeinde Neuenkirchen,
Landkreis Soltau-Fallingb. , Bezirksregierung Lüneburg

Auf Grund des § 1 Absatz 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes
(BBauG) in der Fassung vom 18. 8. 1976 (BGBl. I S. 2256,
berichtigt S. 3617) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeinde-
ordnung in der Fassung vom 22. 6. 1982 (Nds. GVBl. S. 229)
hat der Rat der Gemeinde Neuenkirchen die 1. vereinfachte Änderung
des Bebauungsplanes Nr. 17 "Tütskamp", Ortschaft Neuenkirchen,
als Satzung beschlossen.

Neuenkirchen, den 20. 05. 1985

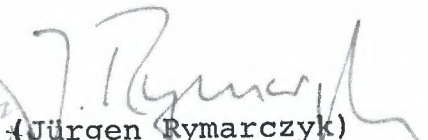

(Heinz Söhnholz)
Bürgermeister




(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor

Die betroffenen und benachbarten Grundstückseigentümer wurden am
12. März 1985 beteiligt, wie auch der Landkreis Soltau-Fallingb. und die
Bezirksregierung Lüneburg als betroffene Träger öffentlicher
Belange am 12. März 1985 beteiligt.




(Jürgen Rymarczyk)
Gemeindedirektor